

zu TOP

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 0604/2013 zur Sitzung am 17.04.2013

Mehrbelastung des städtischen Haushalts aufgrund höherer Rundfunkgebühren (CDU)

Nach Verlautbarungen des Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Städtetages steht zu befürchten, dass die neuen Rundfunkgebühren zu nicht unerheblichen Mehrbelastungen bei den Gemeinden führen werden. Die Kommunen müssen jetzt ihre Beiträge entsprechend der Anzahl ihrer Dienststellen und Betriebsstätten unter Berücksichtigung der dort Beschäftigten und nach der Anzahl ihrer Kraftfahrzeuge bezahlen.

Rückmeldungen aus den Kommunen besagen, dass der neue Rundfunkbeitrag zu „einer nicht zu rechtfertigenden Mehrbelastung“ für die kommunalen Haushalte führen kann.

Die Stadt Mainz hingegen, so die Verlautbarungen ihres Pressesprechers, gehe nicht von einer immensen Steigerung der Rundfunkgebühren aus, könne jedoch die Mehrkosten noch nicht beziffern.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Hat die Verwaltung inzwischen einen Überblick über die Höhe der ab 2013 anfallenden Rundfunkgebühren?
2. Wenn nein, wann wird die Verwaltung in der Lage sein, entsprechende Zahlen vorzulegen?
3. Ist Vorsorge für höhere Rundfunkgebühren im Haushalt 2013/2014 getroffen?
4. Worauf gründet sich die Aussage des Pressesprechers der Stadt Mainz in der Allgemeinen Zeitung Mainz vom 31.01.2013, dass die Stadt Mainz „nicht von einer Erhöhung der Rundfunkgebühr in schmerzlicher Höhe“ betroffen sei?

Hannsgeorg Schöning
Fraktionsvorsitzender